

Überparteiliche Parteienbühne

«Mis Land, mis Radio» – das ist es, was wir wollen!

Radio L trägt massgeblich zur Informationsvielfalt und Meinungsbildung in Liechtenstein bei. Das Rundfunkgesetz sorgt für eine breitere Palette von Medienangeboten. Das Ziel muss sein, so viele Einwohnerinnen und Einwohner auf so vielen Kanälen wie möglich zu erreichen und eine ausgewogene Berichterstattung zu fördern. Die Abschaffung würde dazu führen, dass keine unabhängige Nachrichtenquelle mehr existiert, was die journalistische Vielfalt und die Qualität der Berichterstattung unseres Erachtens nachhaltig beeinträchtigen würde.

Radio L als öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt hat den Auftrag, neutral, objektiv und unabhängig zu berichten. Die Abschaffung wird den Einfluss der kommerziellen Medien erhöhen, die weder die gleichen Standards für Unabhängigkeit und Objektivität einhalten noch einen Leistungsauftrag erfüllen müssen. Radio L ist zur Unabhängigkeit und Ausgewogenheit verpflichtet!

Radio L als öffentliche Trägerschaft hat durchaus auch Vorteile. Anders als private Medien ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht am Gewinn orientiert, sondern am Dienst an der Gesellschaft, dem Service-public-Auftrag. Die Eigentümerschaft ist transparent und gegenüber der

Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig.

Radio L bietet allen Teilen der Bevölkerung einen kostenlosen Zugang zu Informationen. Radio L ist ein wichtiges Instrument für die politische Bildung, unabhängig von den finanziellen Mitteln der Zuhörenden. Keiner muss sich ein Abo kaufen oder andere Gebühren dafür bezahlen.

Ein gut gemachtes Radio L kann das verlorene Vertrauen wieder gewinnen und durch unabhängige und aktuelle Berichterstattung Liechtenstein dabei helfen, sich in der internationalen Rangliste der Pressefreiheit wieder zu verbessern.

Radio L ist das einzige Medium in Liechtenstein, welches in Krisen- oder Katastrophenfällen unverzüglich und verlässlich praktisch alle Einwohnerinnen und Einwohner erreichen kann. Somit ist Radio L ein wichtiger Bestandteil unsers Krisenmanagements im Bevölkerungsschutz.

Radio L hat aktuell Personen in der Verantwortung, welche wissen, wie man ein Radio führt und betreibt. Sie sind sich bewusst, dass einiges passieren muss, und auch bereit, dies zu tun. Wir sind bereit, Ihnen diese Chance zu geben! Deshalb von uns ein Nein zur

Abschaffung des Liechtensteiner Rundfunkgesetzes. Bitte ermöglichen auch Sie mit Ihrem Nein eine Zukunft für Radio L.



Walter Frick
VU-Landtagsabgeordneter



Georg Kaufmann
FL-Landtagsabgeordneter



Bettina Petzold-Mähr
FBP-Landtagsabgeordnete



Sascha Quaderer
FBP-Landtagsabgeordneter

Forum

Antworten zur IGV-Revision werfen Fragen auf

Im Oktober-Landtag wurden zwei Kleine Anfragen zur umstrittenen Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) gestellt. Deren Beantwortung durch den Gesundheitsminister wirft gleich mehrere Fragen auf.

Am 1. Juni 2024 hat die WHO-Generalversammlung (WHA) die IGV-Revision beschlossen. Dies, obwohl der finale Abstimmungstext nicht wie gemäss Art. 55 Abs. 2 IGV 2005 vorgeschrieben vier Monate vor dieser Schlussabstimmung vorlag. Die IGV-Revision ist damit unter Verletzung von WHO-Verfahrensrecht zustande gekommen und widerspricht auch völkerrechtlichen Vorgaben. Die revidierten IGV treten nach zwölf Monaten am 1. Juni 2025 automatisch in Kraft, ausser für jene Vertragsstaaten, die bis zum 31. März 2025 Widerspruch einlegen und vom «Opting-out»-Recht Gebrauch machen.

Die Antworten von Gesundheitsminister Manuel Frick auf die Anfrage waren teils widersprüchlich. Er sagte, dass

Liechtenstein nicht WHO-Mitglied sei und darum bei der WHO-Generalversammlung nicht vertreten war. Da Liechtenstein jedoch sehr wohl IGV-Vertragsstaat ist, stellt sich die grundsätzliche Frage, ob Liechtenstein als souveräner Staat eine von einem Gremium beschlossene IGV-Revision, dem es selbst nicht angehört, einfach so akzeptieren muss, oder sind für uns nur die bestehenden IGV rechtlich bindend?

Weiters sagte Frick, die Regierung sei «dazu in einem Austausch mit der Schweiz».

Frage: Warum muss sich Liechtenstein mit der Schweiz austauschen und kann nicht eigenständig entscheiden? Bekanntlich ist die Schweiz im Gegensatz zu Liechtenstein WHO-Mitglied und dürfte darum anders als unser Land am 1. Juni vor Ort und in den Entscheidungsprozess mit eingebunden gewesen sein.

Schliesslich führte der Gesundheitsminister aus, dass «über das Einlegen von Widerspruch noch nicht entschieden wur-

de». Frage: Was spricht dagegen, dass die beabsichtigten IGV-Änderungen durch einen Widerspruch («Opting-out») in den demokratischen Diskurs Regierung/Landtag/Referendum eingebracht und demokratisch legitimiert werden? In den vergangenen vier Jahren hat die Politik viel Vertrauen verspielt; nur mit transparenten Entscheidungen kann dieses wieder zurückgewonnen werden.

Eine Stellungnahme der Initiative A (IA)

Forumsbeiträge

In der Rubrik «Forum» äussern sich Verbände, Vereine, Institutionen, Aktions- und Interessensgemeinschaften zu aktuellen Inland-Themen. Wir bitten die Verfasserinnen und Verfasser von Forumsbeiträgen, sich auf die Kernaussagen ihrer entsprechenden Botschaft zu konzentrieren. Der Umfang darf maximal 2500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen. Die Redaktion behält es sich vor, zu lange Forumsbeiträge zurückzuweisen.

Parteienbühne

Überreichung der beglaubigten Unterschriften

«Am Freitag, 25. Oktober, ist es so weit. Die Freie Liste wird die beglaubigten Unterschriften für die erwerbsabhängige Krankenkasse der Regierungskanzlei überreichen. Wir wollen uns im Vorab für jede Unterschrift bedanken, welche bis zum 18. Oktober bei uns in der Geschäftsstelle eintrifft! Doch jetzt beginnt die wichtigste Phase der Initiative. Voraussichtlich noch dieses Jahr wird die Initiative im Landtag traktandiert. Wie wir bereits vielen Leuten beim Unterschriftensammeln erzählt und auch in den Medien erklärt haben, hat der Landtag die Möglichkeit, diese Initiative bereits vor einer Volksabstimmung zu beerdigen. Das wäre dann das Ende der Erwerbsabhängigen

Krankenkasse. Die Kopfprämie bestünde und könnte endlos weitersteigen. Nun gilt es also, den Abgeordneten zu zeigen, dass wir es ernst meinen mit unseren demokratischen Rechten. Ob die unfaire Kopfprämie und die ständige Prämienexplosion bestehen bleiben oder ein faires und stabileres System eingeführt wird, soll die Stimmbevölkerung entscheiden.

Damit der Landtag diese Forderung wahrnimmt, laden wir alle unsere Unterstützerinnen herzlich dazu ein, bei der Unterschriftenüberreichung dabei zu sein. Wir treffen uns am Freitag, 25. Oktober, um 12.15 Uhr, auf dem Peter-Kaiser-Platz und setzen ein Zei-

chen dafür, dass wir das elende Wachstum der Prämien nicht länger hinnehmen. Die Politik muss handeln! Der Landtag soll sich der Initiative von sich aus annehmen oder mindestens zur Abstimmung bringen. Gemeinsam können wir das erreichen.

Wir freuen uns auf viele begeisterte Unterstützerinnen und Unterstützer und eine erfolgreiche Übergabe.



Samuel Schurte
Für die Freie Liste

Parteienbühne

Nebelpetarden

«Replik auf den Standpunkt von Mario Wohlwend im VU-Klar vom 8. Oktober»

Der Abgeordnete Wohlwend liebt es, in Bildern zu sprechen. Er wird nicht müde, vom «erwerbsabhängigen Prämientrojant» zu fantasieren, der sich heimlich ins System schleichen soll. Netter Versuch, die Diskussion um die Initiative der Freien Liste zur Einführung einer erwerbsabhängigen Krankenkassenprämie auf Nebengeleise zu lenken. Die erwerbsabhängigen Prämien als bürokratisches Monster zu zeichnen, das die Eigenverantwortung schwäche und die Gesundheitskosten weiter steigen lasse, sind nichts als Nebelpetarden. Wir von der Freien Liste setzen auf Klarheit: In Zeiten von zunehmenden

Lebenshaltungskosten und jährlich steigenden Prämien geraten immer mehr Menschen finanziell unter Druck. Um den Mittelstand sowie junge Familien und ältere Generationen zu entlasten, braucht es faire Lösungen. Erwerbsabhängige Prämien sind eine Möglichkeit, die Lasten gerechter und kostenneutral zu verteilen, ohne dabei die Gesundheitskosten aus den Augen zu verlieren. Für uns ist klar, dass eine schliesst das andere nicht aus. Der Abgeordnete Wohlwend lässt auch keine Gelegenheit aus, ständig so zu tun, als ob die VU mit ihrer Motion den Heiligen Gral einer Gesundheitsreform schon faktisch in den Händen gehalten hat. Wenn den Abgeordneten die Gesundheitsreform tatsächlich so wichtig

gewesen wäre, dann hätten sie die Anregungen aufnehmen und einen klaren und präzisen Vorschlag bringen können. Stattdessen wird den anderen Parteien ständig vorgeworfen, diesen vagen Vorstoss «torpediert» zu haben. Viel Rhetorik, wenig Substanz – das ist das wahre Problem.

Die Freie Liste will echte Lösungen. Die Einführung einer erwerbsabhängigen Krankenkassenprämie ist eine taugliche Massnahme und damit Teil der Lösung. Das eine tun und das andere nicht lassen. Das ist das, was die Menschen in diesem Land von der Politik erwarten.

Eine Stellungnahme der Fraktion der Freien Liste

Forum

Wollen Sie unseren jüngeren Generationen weiterhin die Rente wegnehmen?

Sehr geehrter Herr Elkuch, Unwahrheiten werden nicht wahrer, nur weil man sie ständig wiederholt und überall verbreitet. Die fundamentale Wirkung des vom Hohen Landtag verabschiedeten Massnahmenpakets zur SPL sichert die Renten und verhindert gleichzeitig, dass die Jungen weiterhin für die Ex-PVS-Rentner zahlen und damit im Aufbau einer eigenen Altersvorsorge beeinträchtigt werden. Anstelle der Aktivversicherten soll künftig das Land die Verantwortung für die Versprechen der Vergangenheit übernehmen, und die SPL soll durch die Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital endlich mit ausrei-

chend finanzieller Risikofähigkeit ausgestattet werden. Erst mit diesem Schritt hat die SPL überhaupt die Chance, so zu funktionieren wie andere Kassen auch. Es überrascht daher, dass gerade Sie als Mitglied des Hohen Landtages, welcher auf demokratischem Weg durch 25 Volksvertreter Gesetzesvorlagen studiert, prüft, debattiert und letztlich darüber abstimmt, wiederholt falsche Informationen verbreiten. Denn eigentlich dürfte der Bürger davon ausgehen – nein, der Bürger darf gar erwarten –, dass Sie über dieselben Punkte informiert wurden wie die anderen 24 Abgeordneten und diese Informationen überdies

auch lesen, verstehen und zur Kenntnis nehmen! Mit dem Wissen, welches Sie als Landtagsabgeordneter aufgrund der erhaltenen Informationen und Gutachten haben sollten, kann Ihr Auftreten gegen das Massnahmenpaket eigentlich nur als grobfahrlässig bezeichnet werden, weil es nicht auf Sachargumenten, sondern ausschliesslich auf dem Schüren von Neid und Angst beruht. Mit diesem Vorgehen gefährden Sie mittel- und langfristig das einmalige Erfolgsmodell Liechtenstein!

Stellungnahme PVL-Vorstand (Personalverband öffentliche Verwaltung Liechtensteins)

Lieber Inserent, Sie sind im Netz.

Gehen Sie online. Auch im täglichen E-Paper www.vaterland.li/epaper